

The role of military and state security in the internal and external security concept of the participating states of the Warsaw Treaty Organisation

Fachtagung des Militärgeschichtlichen Forschungsamts (MGFA) und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)

Potsdam, 3. bis 4. Dezember 2007

Der Kalte Krieg war kein nationalstaatlicher und kein bilateraler Konflikt. Er war in vielfältigster Weise multilateral. Diese Feststellung bezieht sich nicht nur auf den Ost-West-Konflikt zwischen den Blöcken, sondern auch auf die Interaktionen zwischen den Blockmitgliedern untereinander. In diesem Kontext kann die Erforschung der Militär- und Staatssicherheitsaktivitäten nicht auf einzelne Staaten der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) beschränkt bleiben. Vielmehr bedarf eine erfolgsversprechende Forschung zwangsläufig der überstaatlichen und multilateralen Perspektive.

Unter dieser Prämisse luden die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) und das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) Wissenschaftler aus zahlreichen osteuropäischen Staaten ein, um mit deutschen Kollegen neueste Forschungsergebnisse und neue Forschungsansätze zu diskutieren. Die BStU als Hüterin der Akten und zugleich Forschungseinrichtung primär zur inneren Sicherheit und das MGFA als Forschungsinstitut zur äußeren Sicherheit der DDR setzten mit der gemeinsamen Tagung ihre bisherige Zusammenarbeit in der Forschungslandschaft fort, stellten *Winfried Heinemann* (Potsdam), Forschungsbereichsleiter „Militärgeschichte der DDR im Bündnis“ und *Walter Süß* (Berlin), Abteilungsleiter Forschung der BStU, zufrieden fest.

Zwei thematische Schwerpunkte hatten die Organisatoren für ihre Tagung vorgegeben: zum einen das innere und äußere Sicherheitskonzept der WVO-Staaten, zum anderen der ständige Spannungsbogen zwischen sowjetischer Einflussnahme und Fremdbestimmung sowie nationalen Besonderheiten und Eigenintentionen. Im Fokus standen dabei sowohl Militär und militärische Aufklärung als auch die „zivilen“ Geheimdienste, zumeist die Staatssicherheit. Problematisch ist die getrennte Betrachtung von Militär und Staatssicherheitsdiensten. Letztere hätten entsprechend ihres Auftrags weit in die Streitkräfte hinein gewirkt und waren vielfältig mit ihnen verknüpft. Walter Süß merkte hierzu treffend an, die Staatssicherheit habe in allen Ostblockstaaten das eigene Militär überwacht. Ein Beispiel, dass die Armee die Geheimdienste überwacht hätte, wäre ihm bislang nicht bekannt.

In der ersten Sektion referierten *Torsten Diedrich* (Potsdam) zu Wechselwirkungen zwischen innerem und äußerem Sicherheitssystem der DDR, *Herrmann Wentker* (Berlin) zu Bedrohungsvorstellungen der DDR infolge der Ost-West-Entspannung und *Matthias Uhl* (Moskau) zum organisatorischen Wandlungsprozess der sowjetischen Geheimdienste im Spiegel von Struktur und Personal seit 1945.

Die bekannten Krisenjahre des Ostblocks und ihre Rück- und Auswirkungen wurden anschließend in einem eigenen Konferenzabschnitt thematisiert. Hierzu sprachen *Eva Tulipan* (Budapest) zum ungarischen Krisenmanagement nach 1956, *Mark Kramer* (Washington) zur Polnischen Krise 1980/81 und *Carmen Rijnoveanu* (Bukarest) zu den Auswirkungen der Krisen 1956 und 1968 auf das rumänische Sicherheitskonzept.

Eine weitere Sektion galt den Auswirkungen von Entspannungsprozess, KSZE und Abrüstung auf die WVO-Staaten. Darin berichtete unter anderem *Walter Süß* (Berlin) über neueste Forschungsergebnisse zum Verhältnis von innerer und äußerer Sicherheit aus der Perspektive der Staatssicherheit in den 1970er Jahren. *Jordan Baev* (Sofia) trug zum bulgarischen Militär und der Staatssicherheit in der letzten Phase des Kalten Krieges vor. *Oliver Bange* (Mannheim) thematisierte neue Erkenntnisse über den Wissensstand des MfS über westliche Transformationsstrategien, den Einfluss der dortigen Politik und Gegenstrategien gegenüber dem Ostblock von 1966 bis 1975. Diese Sektion ergänzten *Krisztian Ungvary* (Budapest) mit Ausführungen zum Krisenmanagement der ungarischen Staatssicherheit nach 1986 und *Petre Opris* (Bukarest) zur angespannten Partnerschaft des rumänischen und sowjetischen Militärs, dargestellt am Beispiel der WVO-Übung „Sojus 73“.

Den Beziehungen zwischen Sicherheitsapparat und herrschender Partei widmete sich ein weiteres Panel. Hierzu referierten *Roger Engelmann* (Berlin) zum Einfluss der sowjetischen Hegemonie auf die Staatssicherheitspolitik der DDR, *Laszlo Ritter* (Budapest) zur Kooperation zwischen den ungarischen und sowjetischen Geheimdiensten in der Anfangsphase des Kalten Krieges und *Dmitar Tasic* (Belgrad) zu der speziellen Lage Jugoslawiens im Kalten Krieg.

Im Mittelpunkt vieler Beiträge standen Fragen nach dem jeweiligen nationalen Handlungsspielraum und, konträr dazu, nach dem politischen oder direkten militärischen Eingreifen der Blockführungsmacht Sowjetunion. Deutlich erkennbar und an zahlreichen Einzelbeispielen dargestellt wurde der Widerspruch zwischen Souveränität und Blockdisziplin. Dabei wurden deutliche Unterschiede zwischen beiden Polen je nach Betrachtung auf der Zeitachse und zwischen den Ostblockstaaten herausgearbeitet.

Die geographischen und zeitlichen Schwenks innerhalb eines Panels waren mitunter groß. Es oblag der Diskussionsleitung, die einzelnen auf die jeweiligen „heimischen“ Problemfelder fixierten Beiträge aus der nationalen Perspektive zu lösen und sie länderübergreifend, aber inhaltlich begrenzt miteinander zu verbinden.

Durch alle Vorträge und Diskussionen zogen sich als roter Faden die Fragen nach den Zugangsmöglichkeiten zu Archiven und Quellen und nach deren derzeitige und zukünftige Forschungsinteressen. In einer explizit diesen methodischen Fragen gewidmeten Rund-Tisch-Debatte aller Teilnehmer wurde die Arbeit der BStU und die dafür konstitutiven Regelungen des Stasi-Unterlagengesetzes von den ausländischen Forschern als Modell und Vorbild gewürdigt. Die Zugangsmöglichkeiten zu den Akten als Basis der wissenschaftlichen Aufarbeitung seien in vielen ehemaligen Ostblockländern deutlich restriktiver. Dies gälte insbesondere für den sensiblen Bereich der Staatssicherheit und der militärischen Aufklärung. Der kritische Blick auf die „Aktenlage“ reichte von Ungarn über die Ukraine bis nach China. Über die Freigabe von Dokumenten als „declassified“ entschieden zumeist Kommissionen, die sich eher der Geheimniswahrung als der Aktenöffnung zugunsten der freien Forschung verschrieben hätten.

Aus der Tagung sollen langfristige Impulse für die wissenschaftliche Kooperation der teilnehmenden Institute und Forscher erwachsen. Die Organisatoren aus BStU und MGFA wollten mit der Veranstaltung die Basis für ein neues Netzwerk der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der ost- und mitteleuropäischen Militärgeschichtsforschung legen. Die angestrebte länderübergreifende und vergleichende Betrachtung könnte somit der Erforschung des östlichen Bündnisses einen Schub geben.

Klaus Storkmann

Kontakt:

Hauptmann Klaus Storkmann M.A.

Militärgeschichtliches Forschungsamt

Postfach 60 11 22

14411 Potsdam

Tel: (0331) 97 14 – 0

Fax: (0331) 97 14 – 507

E-Mail: KlausStorkmann@bundeswehr.org

Copyright

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2008.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München

Telefon: 089/13 47 29, Fax: 089/13 47 39

E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2008, Nr.015

URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2008/015-08.pdf>